

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 30	S0195/09	11.06.2009

zum/zur

A0079/09 FDP-Fraktion

Bezeichnung

Werbung für die Wahlinitiative U18

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	23.06.2009
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	18.08.2009
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	27.08.2009
Stadtrat	08.10.2009

Der Antrag auf Unterstützung der Wahlinitiative U 18 ist sehr zu begrüßen, denn die Initiative nimmt sich der wichtigen Aufgabe an, potentielle Wähler für die Beteiligung an den Wahlen zu mobilisieren.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Nichtwähler in Deutschland verdoppelt. Besonders auffallend ist die niedrige Wahlbeteiligung bei Kommunal-, Regional-, Landtags-, und Europawahlen.

Bei Jugendlichen ist die Politikverdrossenheit besonders ausgeprägt.

Das Ergebnis der 14. Shell-Jugendstudie (http://www.studienseminar-koblenz.de/medien/wahlmodule_unterlagen/2007/175/08%2014.%20Shell-Jugendstudie.pdf) lautet: "Inzwischen bezeichnen sich nur noch 30 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren als politisch interessiert. Für die Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren liegt für die Entwicklung des politischen Interesses im Rahmen der früheren Shell Jugendstudien eine Zeitreihe vor. Danach ist der Anteil der politisch interessierten Jugendlichen von 55 Prozent im Jahre 1984 bzw. sogar 57 Prozent 1991 inzwischen auf 34 Prozent gesunken."

Als Erklärung für diese Tendenz wird der Bedeutungsverlust der traditionellen sozialen Institutionen gesehen. Dadurch, dass immer weniger Deutsche Bürger mit traditionellem Familienleben, Kirchgänger oder Beitrag zahlende Parteimitglieder sind, nimmt die Möglichkeit dieser konventionellen Institutionen, Wähler zu motivieren und zu mobilisieren, ab. Die Zahl der Nichtwähler wächst entsprechend.

U18 ist in diesem Zusammenhang die größte politische Bildungsinitiative für Kinder und Jugendliche in Deutschland, die sich dieser Problematik annimmt. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt auf der politischen Bildung in der Phase direkt vor dem Wahltermin zur Bundestagswahl am 18.09.2009, mit dem Ziel, dass sich junge Menschen dauerhaft politisch engagieren. Weiterhin sollen sie dabei unterstützt werden, Politik zu verstehen, Unterschiede zu erkennen sowie Versprechen zu hinterfragen. Im Vordergrund steht dabei, dass Kinder und Jugendliche ihre eigenen Interessen erkennen und formulieren lernen, selbst Antworten auf politische Fragen finden und aktiv werden.

Ein Höhepunkt von U18 ist die Durchführung einer eigenen Bundestagswahl, jeweils neun Tage vor dem offiziellen Wahltermin. Teilnehmende Institutionen (z.B. Wahllokale) bereiten Kinder und Jugendliche auf die Wahl vor, erklären ihnen also den Ablauf und, was weitaus wichtiger ist,

bringen die zukünftigen Wähler in einen Dialog über Politik und Parteien. Es soll also politisches Wissen vermittelt werden.

Bei der letzten Bundestagswahl hat die Stadt die Initiative U18 bereits mit der Herstellung von Druckvorlagen für die Stimmzettel unterstützt. Der Stimmzettel entsprach in seinem Grundaufbau dem amtlichen und war lediglich aus Sicherheitsgründen in einigen Details verfremdet. Auch in diesem Jahr wurde diese Unterstützung wieder zugesichert und das Angebot erneuert, eine Druckvorlage für die Stimmzettel zur Verfügung zu stellen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat in den letzten Wochen mit der Koordinierungsstelle (Kinder- und Jugendring Sachsen- Anhalt) Kontakt aufgenommen. Inzwischen sind zahlreiche Vorschläge von der Koordinierungsstelle entwickelt worden, in welcher Form die Initiative zusätzlich von der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt werden kann. Die Vorschläge gehen u.a. von der Organisation eines großen Kinder- und Jugendfestes am Ende der U18 – Wahl in städtischen Einrichtungen (z.B. Rathaus), Werbung der MVB durch Plakate in Straßenbahnen, Einrichtung von Wahllokalen in Bürgerbüros und Schulen bis hin zur Idee, den Oberbürgermeister als Schirmherrn der Initiative zu gewinnen und der Bitte um finanzielle Unterstützung.

Die unterbreiteten Vorschläge werden in unserem Hause momentan auf ihre Realisierbarkeit untersucht. In den nächsten Wochen sind auch Gespräche mit Mitarbeitern der Koordinierungsstelle geplant, um die konkrete Umsetzung der unterbreiteten Vorschläge zu besprechen.

Holger Platz